

## REGIERUNGSRAT

20. Dezember 2017

17.304

### **Interpellation Martin Keller, SVP, Obersiggenthal, vom 28. November 2017 betreffend Reise der Staatsschreiberin in die USA; Beantwortung**

---

I.

Text und Begründung der Interpellation wurden den Mitgliedern des Grossen Rats unmittelbar nach der Einreichung zugestellt.

II.

Der Regierungsrat antwortet wie folgt:

#### **Zur Frage 1**

"Warum hat der Regierungsrat des Kantons Aargau kein Regierungsmitglied entsandt?"

Der Regierungsrat hat im Spätsommer Hinweise erhalten, dass sich bei General Electric Switzerland (GE) ein massiver Stellenabbau in der Grössenordnung von weit über 1'000 Stellen, verbunden mit Standortschliessungen abzeichnet. Kantonsintern wurde auf höchster Führungsebene unter der Leitung von Regierungsrat Dr. Urs Hofmann, Vorsteher des Departements Volkswirtschaft und Inneres, sofort ein Team gebildet, welches sich mit dem drohenden Stellenabbau auseinandersetzte und Vorschläge zum weiteren Vorgehen entwickelte. Diesem Team gehörte auch Staatsschreiberin Vincenza Trivigno an.

Regierungsrat Dr. Urs Hofmann nahm parallel dazu zusammen mit Bundesrat Johann Schneider-Ammann, Vorsteher des Eidgenössischen Departements für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF), unverzüglich mit der Konzernspitze von GE Kontakt auf, um nähere Informationen zu erhalten und Einflussmöglichkeiten zu prüfen. Dies mit dem Ziel, den Stellenabbau reduzieren und möglichst viele GE-Arbeitsplätze in der Schweiz beziehungsweise im Kanton Aargau erhalten zu können.

Dabei wurde von Seiten Bund und Kanton die Strategie entwickelt, in dieser entscheidenden Phase den Kontakt mit der GE-Führung zu intensivieren und zu verstetigen. Dazu gehörte der Vorschlag an GE, eine gemeinsame Arbeitsgruppe einzusetzen.

Vom 12.–14. Oktober 2017 nahm Bundesrat Schneider-Ammann an der Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbankgruppe in Washington teil. Dabei ergab sich kurzfristig die Möglichkeit, Russell Stokes (Präsident und CEO GE Power) und sein Führungsteam in Atlanta zu treffen.

In der kurzen zur Verfügung stehenden Zeit wurde für die Gespräche eine Schweizer Delegation zusammengestellt. Sie wurde von Bundesrat Johann Schneider-Ammann angeführt; zu den Teilnehmenden gehörte auch der Präsident des Schweizerischen Arbeitgeberverbands, Valentin Vogt.

Weil Regierungsrat Dr. Urs Hofmann aus gesundheitlichen Gründen (Rückenleiden) die Reise nach Atlanta nicht antreten konnte, wurde von Seiten des Kantons Aargau Staatsschreiberin Vincenza Trivigno delegiert. Dies, weil sie von Beginn weg dem Führungsteam angehörte, welches sich kantonsintern mit der GE-Thematik befasste, aber auch im Hinblick auf die sich abzeichnenden, zeitaufwändigen Aktivitäten der vorgeschlagenen gemeinsamen Arbeitsgruppe.

Der Regierungsrat wurde von Regierungsrat Dr. Urs Hofmann und Staatsschreiberin Vincenza Trivigno regelmässig über die Gespräche mit GE und die Aktivitäten der Arbeitsgruppe informiert.

## **Zur Frage 2**

"War die Verhandlungssprache der Grund dafür?"

Nein. In keiner Phase der Gespräche mit GE stellte die Verhandlungssprache eine zu berücksichtigende Thematik dar. Sämtliche Treffen mit GE, an denen Regierungsrat Dr. Urs Hofmann teilgenommen hat, wurden von ihm in englischer Sprache geführt.

## **Zur Frage 3**

"Welches ist das konkrete Ergebnis der Reise der Staatsschreiberin bzw. des Gesprächs in den USA?"

Das Treffen mit der Konzernspitze von GE in Atlanta war Teil der Strategie, die negativen Auswirkungen auf den Industriestandort Schweiz möglichst klein zu halten und die Voraussetzungen zu schaffen, dass in Zukunft neue Tätigkeiten aus anderen Geschäftsbereichen – wie beispielsweise erneuerbare Energien oder Energiespeicherung – aufgebaut werden. Gegenüber der GE sollen die Stärken und Vorteile des Forschungs- und Produktionsstandorts Schweiz aufgezeigt werden, damit diese bei der Ausgestaltung der Restrukturierung sowie der künftigen Weiterentwicklung des Unternehmens gebührend berücksichtigt werden. Letztlich kann die Politik die Unternehmensentscheide nicht beeinflussen. Sie kann aber die Vorteile des Arbeitsplatzes Schweiz aufzeigen und so mithelfen, Arbeitsplätze in der Schweiz zu sichern.

## **Zur Frage 4**

"Erachtet der Regierungsrat die Vertretung des Kantons Aargau durch die Staatsschreiberin als angemessen oder bestand nicht das Risiko, den Verhandlungspartner vor den Kopf zu stossen?"

Die Vertretung des Kantons Aargau war angemessen.

## **Zur Frage 5**

"Wie gewichtet der Regierungsrat den Stellenabbau der Firma General Electric und welches waren und sind die regierungsrätlichen Aktivitäten in diesem Zusammenhang?"

Der Stellenabbau ist ein harter Schlag für den Industrie- und Wirtschaftskanton Aargau. Der Regierungsrat bedauert es zu tiefst, dass GE aufgrund der Marktsituation im Turbinengeschäft und des weltweiten Spar- und Restrukturierungsprogramms solch drastische Massnahmen ergreift. Der Regierungsrat wird sich zusammen mit den Arbeitnehmerorganisationen dafür einsetzen, dass der angekündigte Stellenabbau reduziert werden kann. Weiter wird er das in seinen Möglichkeiten Stehende unternehmen, um den von der Entlassung betroffenen Mitarbeitenden zu helfen. Der Regierungsrat erwartet von GE eine wirkungsvolle Unterstützung der vom Stellenabbau betroffenen Mitarbeiten-

den und einen grosszügigen Sozialplan. Seitens des Kantons werden den Betroffenen die Dienstleistungen der Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) zur Verfügung gestellt.

Immerhin sollen gemäss Aussagen von GE die Unternehmensstandorte Birr und Oberentfelden erhalten bleiben sowie Baden als Hauptsitz für die Geschäftsbereiche Steam Power Systems und Power Services weiterbestehen. Die Erhaltung der Standorte Birr und Oberentfelden ist vor allem auch im Hinblick auf eine künftige Erholung der Marktsituation sehr wichtig. Gemäss Aussage von Michael Rechsteiner, Verantwortlicher für GE in der Schweiz, hat die Arbeitsgruppe von Bund und Kanton wesentlich zur Sicherung der Standorte Birr und Oberentfelden beigetragen.

Im Übrigen wird auf die Antwort zur Frage 1 verwiesen.

#### **Zur Frage 6**

"Sieht der Regierungsrat keinen Interessenkonflikt der Staatsschreiberin hinsichtlich ihres Ehemanns, Generalsekretär des Eidgenössischen Departements für Wirtschaft, Bildung und Forschung Dr. Stefan Brupbacher im Zusammenhang mit dieser Atlanta-Reise, welche zusammen mit dem Vorgesetzten von Dr. Brupbacher absolviert wurde?"

Nein. Bund und Kanton verfolgen hinsichtlich GE dieselben Interessen.

#### **Zur Frage 7**

"Wie hoch waren die Kosten dieser Reise für den Kanton Aargau?"

Die Kosten belaufen sich auf rund Fr. 3'500.—.

Die Kosten für die Beantwortung dieses Vorstosses betragen Fr. 742.—.

#### **Regierungsrat Aargau**